

trauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa als einen wichtigen Schritt zur Herstellung von mehr Vertrauen und Berechenbarkeit auf militärischem Gebiet. Sie betonten die Notwendigkeit der Implementierung des Stockholmer Dokuments nach Geist und Buchstaben und werden sich für Verhandlungen über weitere Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen einsetzen.

Generalsekretär Honecker und Bundeskanzler Kohl bekräftigten ihren Willen, zum Erfolg der Wiener Verhandlungen über die gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen und damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa beizutragen.

Beide Seiten werden sich nachdrücklich für den baldigen Abschluß eines Vertrages über ein weltweites und verläßlich überprüfbares Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen einsetzen.

Sie legten ihre unterschiedlichen Standpunkte zu Fragen regionaler Vereinbarungen im Bereich von Kernwaffen und chemischen Waffen dar.

Sie würdigten, daß die Konsultationen zwischen den Abrüstungsbeauftragten ihrer Regierungen zu einem festen Bestandteil ihres politischen Dialogs geworden sind, und begrüßten deren Fortsetzung.

Beide Seiten stimmten darin überein, weiterhin zur Stärkung der Vereinten Nationen als des universalen Forums zur friedlichen Gestaltung der internationalen Beziehungen, zur Lösung der vordringlichen weltpolitischen, ökonomischen, sozialen und humanitären Probleme und des Dialogs über Fragen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung beizutragen.

Sie würdigten die Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten als einen Faktor von Bedeutung für die internationale Stabilität.

Generalsekretär Honecker und Bundeskanzler Kohl bezeichneten ihren Meinungsaustausch als notwendig und förderlich für die weitere Entwicklung der Beziehungen. Sie sprachen sich für die Fortsetzung und Intensivierung der Kontakte auf hoher politischer und auf anderer Ebene aus.

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik lud den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu einem Gegenbesuch ein. Die Einladung wurde mit Dank angenommen. Termin und Einzelheiten werden später vereinbart.

9. September 1987